

	1913	Differenz
Wollstoffgewerbe (Kontinenten in Kopenhagen)	28,02	71,76 150 %
Spinnstoffgewerbe	18,30	54,14 700 %
Wollstoffgewerbe (gel. Arbeiter in Kopenhagen)	27,05	71,99 155 %
Wollstoffgewerbe (Wäcker i. Kop.)	27,27	81,77 125 %
Baugewerbe:		
Bauer in Kopenhagen	89,56	112,01 130 %
Bauer in Kopenhagen	28,29	53,55 200 %
Bauarbeiter in Kopenhagen	34,08	89,37 125 %

Es scheint demnach, daß zumindest ein sehr beträchtlicher Teil der dänischen Arbeiterschaft den Stand der Lebenshaltung von 1914 erhalten, einige Kategorien ihn sogar verbessert haben. Dies zeigt sich besonders bei der schlecht-bezahlten Textilarbeiterschaft.

In den Vereinigten Staaten von Nordamerika soll eine Erhöhung der Lebenskosten um etwa 100 v. H. erfolgt sein. Die Lohnentwicklung ist folgende; wobei zu bemerken ist, daß es sich um Durchschnittszahlen handelt. Die einzelnen Gruppen in den betreffenden Berufsgruppen zeigen oft wesentliche Unterschiede in der Entlohnung.

	1914	1910	Differenz
Metallindustrie (New York Stadt)	14,59	27,21	95 %
Chemische Industrie (New York Stadt)	13,67	24,79	90 %
Spinnstoffgewerbe (New York Stadt)	8,55	10,25	125 %
Salzindustrie (New York Stadt)	12,49	24,26	98 %
Robr- u. Genußm. (New York Stadt)	11,00	23,40	100 %
Textilindustrie (New York Stadt)	12,40	27,68	120 %

Die gleiche Anpassung der Löhne an die erhöhten Lebenskosten. Es ist allerdings zu betonen, daß es nur wenige Länder gibt, die eine ähnliche Entwicklung aufweisen, weil in den vom Kriege unmittelbar betroffenen Staaten, z. B. Frankreich und Italien sich naturgemäß die Folgen der Inflation ähnlich bemerkbar machen müssen wie bei uns, und in den noch stärker in Mitleidenschaft gezogenen östlichen Nationen.

e) Einige Folgerungen.

Die unter d gegebenen wenigen Lohnzahlen beweisen uns, mit welchen hohen Produktionskosten, am Stande unserer Valuta gemessen, die westlichen Industrien zu rechnen haben, und sie zeigen ein ungefähres Bild der Preisdifferenzen, die sich bei der Gütererzeugung daraus ergeben müssen.

Ein Wochenlohn eines amerikanischen Metallarbeiters (Durchschnitt 1919, heute bestimmt mehr) von 27,21 Dollars, berechnet zu dem verhältnismäßig günstigen Kurse von Mitte April (Dollar 60 Mark) ist gleich 1632,60 Mark, das dänische mit 71,76 Kronen (Krone ca. 1975 M.) ist gleich 775 Mark, das englische mit ca. 80 Schilling (ein Pfund Sterling 248 M.) ist gleich 992 Mark.

Wir arbeiten also mit Löhnen, die bei einem Marktkurs von etwa 8-10 Pfennigen ein Viertel bis ein Siebentel der Weltmarktlöhne darstellen. Bei dem viel schlechteren Kurse der letzten Monate aber zwischen einem Sechstel und einem Fünftel sich bewegen. Die Kosten unserer Lebenshaltung jedoch haben sich bereits auf ein Drittel der Weltmarktpreise gehoben. Die Lohnentwicklung in Deutschland ist seit dem Kriege, vor allem aber im letzten Halbjahr unverträglich weit hinter der Preisentwicklung zurückgeblieben. Dem Arbeiter wird ein immer größerer Teil des Wertes seiner Arbeit entzogen, die Ausbeutung geht soweit, daß nicht einmal mehr die zur Reproduktion der Arbeitskraft unumgänglich notwendigen Löhne gezahlt werden.

Die Ueberpreise, die im Export erzielt werden, sind das Ergebnis zu niedrig entlohnter Arbeit und im Allgemeinen erfolgreicher inländischer Preisbeschränkung. Sie gehören der Allgemeinheit, sie dürfen nicht als Ertragsprostitute in die Taschen der Unternehmer fließen, die dadurch nur veranlaßt werden, sich ohne Rücksicht auf den deutschen Bedarf der Warenausfuhr zuzuwenden und die Inlandspreise auf das Niveau der Auslandsnotierungen zu treiben.

Bei den wichtigen Grundstoffen der gesamten Wirtschaft muß eine den tatsächlichen Erzeugungskosten entsprechende Preisnormierung erfolgen und jedem Versuch neuer unberechtigter Verteuerungen rücksichtslos entgegen-

getreten werden. Nur die Stabilität der Kohle-, Eisen-, Stahl-, Baumaterial- und Lebensmittelpreise gibt die Möglichkeit einer Preisrückbildung innerhalb der gesamten Volkswirtschaft, einer Erhöhung des Kaufwertes der Mark und einer für die Steigerung der Arbeitsleistung und der damit verbundenen besseren Versorgung des ganzen Volkes bringenden notwendigen gerechteren Verteilung des Ertrages der heimischen Wirtschaft.

Die Ausfuhr bedarf der strengsten Ueberwachung und Regelung. Die Abgaben der einzelnen Industrien müssen so gestaltet sein, daß sie der Preisbewegung im Lande folgen und immer den größten Teil des Ueberpreises wegsteuern. Ein Teil der Exporterträge muß z. B. zur Sicherstellung und Verbilligung der Exporte für den Teil der Eisenerzeugung dienen, der dem Inlandkonsum zugeführt und dadurch auf einem von den Valutawanklungen unabhängigen Niveau gehalten wird. Damit fällt ein wesentlicher Risikofaktor der Eisenindustrie fort, der heute eine Begründung von Preis-erhöhungen schafft.

Selbst das Bedenken, daß wir die Kohlelieferung aus dem Friedensverträge zum deutschen Inlandspreis vornehmen müssen, tritt weit hinter den Vorteilen zurück, die eine Niedrighaltung der Kohlenpreise für unsere gesamte Wirtschaft mit sich bringen muß.

Die Bindung der Inlandspreise und sofortige energische Durchführung der Vermögens- und Kriegsgewinnbesteuerung wird zu einer Verminderung der Notenzirkulation (Anfang April fast 60 Milliarden Mark) führen, und die unter den derzeitigen Preis- und Lohnverhältnissen undenkbar, aber dringend nötige Aufstellung eines genauen Reichs-, Staats- und Kommunalhaushaltsplanes ermöglichen und letzten Endes auch zu einer Steigerung des internationalen Zahlungswertes der Mark wesentlich beitragen.

Die obige Darstellung aber soll dem Zwecke dienen, das Märden von den hohen Löhnen der deutschen Arbeitnehmer und ihrer Unerfälligkeit nicht mit Lebensarten, sondern mit Zahlen zu zerstören, und dadurch, daß die Unterlagen für das Verhältnis von Löhnen und Preisen getreift werden, einer gerechteren Beurteilung von Lohnforderungen den Boden zu bereiten.

Vor allem aber sollen diese Darlegungen zeigen, daß die ständige Bewegung der Preise in der Richtung auf die Weltmarktpreise zwar die Gewinne einer kleinen Anzahl von Großkapitalisten und ihrer Trabanten ins Ungemessene steigern würde, für das gesamte Volk aber die Unsicherheit und Notdürftigkeit der Existenz für viele Jahre bedeuten müßte.

Wir brauchen: Planmäßigkeit der Wirtschaft, Bindung der Preise und lebendige Anteilnahme aller — Sozialisierung.

Die Schredensklammern.

Im Ruhrgebiet arbeiten die Kriegsgerichte mit höchstem Eifer weiter, um das Nachwerk der Militärämter zu vollenden. Die Inordnung der Regierung, nur solche Leute zu bestrafen, die nach dem 10. April noch mit der Waffe kämpften oder sich an „ungeheuerlichen“ Handlungen beteiligten, scheinen die Kriegsgerichte noch nicht gelesen zu haben, obwohl sie schon über 14 Tage alt ist. Wahlos wird jeder vor den Richter geschleppt, der während der Mäusche des Kappzuges eine Waffe trug. Die deutschnationalen Volksbetrüger spielen dabei den Zuteiler. In den letzten Tagen sind wieder Arbeiter mit hohen Gefängnisstrafen belegt worden, ohne daß sie an irgend einer Kampfhandlung teilgenommen hätten. Fast alle Gefangenen sind in den Kerker von der Soldateska aus grausamste Mißhandlung worden. Diese Schandakte verärgern die Kriegsgerichte aber nicht. Auch die zahlreichen Mordtaten, die von der Gchlerhorde im Ruhrgebiet verübt worden sind — es sind im ganzen mindestens 500 — haben bisher noch keine Sühne gefunden. Sie werden durch Kameradengerichte betuschelt werden, man wird den Tätern zur Flucht verhelfen oder sie sonstwie verschwinden lassen, genau so wie es im März vorigen Jahres in Berlin geschehen ist.

Widerwärtigste chauvinistische „Besinnungslosigkeit“ drängt sich in die Kunstkritik ein. Nationalistische Wäcker fadellerten ein Konzert von Stefan Straffer, weil das Werk eines Franzosen, des hochbedeutenden Maurice Ravel zur Aufführung gebracht wurde. Wenn auch diese Kunstpreußen die Entwicklungskraft der Kunst nicht beeinträchtigen können, so vermögen sie doch die mühsame Wiederanknüpfung der international-kulturellen Beziehungen leider erheblich zu gefährden. Musik ist die edelste Macht, um das allmenschliche Kulturband unter Völkern und Erdteilen wiederherzustellen. Darum gebührt blöden Uebergriffen auf diesem Gebiet die radikalste Verurteilung und Bloßstellung. Wie wenig es Stefan Straffer um Sensation, sondern um bedeutende Kunstleistungen zu tun ist, bezeugte das sein gewählte Programm seines allklassischen Streichorchesterkonzertes. Pergoleses berühmtes „Stabat mater“, von dem man sonst gelegentlich nur ein Bruchstück zu hören bekommt und dann noch in gewisshafter Verachtung, erlebte seine Aufschwung in ursprünglicher Fassung. Das süße Klängen und Singen in dieser Schöpfung zartbordeder, köstlicher Kammerkunst, die allerdings für unsere heutigen Begriffe zu dem höchsten Wertgegenstand seinen rechten Zusammenhang mehr hat, bedeutet einen kritischen Gegenpol des 20jährig Verstorbenen zu seinen Zeitgenossen Sebastian Bach. Während Pergoleses Melodien Duff und Klänge selbst ausstrahlte, und in ihrer Eindringlichkeit noch durch die ineinanderblühende Stimmführung Eleanor Schloßhauser und Maria Pos-Carlofortis gesteigert wurde, setzte sich das vornehm-sauber gegriffene „Brandenburgische Konzert“ von Bach nur als eine Streichorchester-Stunde im Verstand fest. Und noch gewaltiger ist der Kontrast mit Handel. Organmeister Walter Fischer spielte überwältigend (gedult von allem Instrumentenmechanismus) das G-Moll-Konzert mit Streichorchesterbegleitung. Werder können kaum Valente voneinander abstecken, als hier der Vollblutmusiker Handel und — es muß doch endlich laut ausgesprochen werden — der geniale Denkmäthematiker Bach. Stefan Straffer's Dirigierenleistungen, bei denen das musikalische Können die innere Hingebung übertrug, mochten mit jedem Konzert zur Höhe.

B. F. Windisch.

Stefan Straffer's („Tragödie“) Symphonie, die den bei Beethoven von der Kunst und dem bürgerlichen Publikum verstandnislos verkannten Meister auf der Höhe seines tiefen Genies zeigt, das Werk eines nach höchsten Idealen Ringenden, zugleich ein Werk echter Volkswelt im größten Sinne, gelangt am 12. Mai in der Philharmonie zum erstenmal zur Aufführung.

Rechtssozialistische Reichskonferenz.

Im Sitzungssaal des Reichstags trat heute früh die Reichskonferenz der rechtssozialistischen Partei zusammen, um zu den Wahlen Stellung zu nehmen. Im Auftrage der Parteileitung begrüßte Parteileiter die Konferenz. Er behandelte die Kundgebungen in den bürgerlichen Parteien und sagte dann, daß auch bei den Rechtssozialisten ein Ruf nach links laut zu vernehmen sei. Das Verhalten der Arbeiter ist gewaltig gestiegen und das Verhalten der bürgerlichen Koalitionsparteien in den letzten Tagen war auch nicht gerade geeignet, das Vertrauen zu verringern. Auf dem Gebiete der Sozialisierung ist nichts geschehen und die Ausbeutung der Militärgerichtsbarkeit ist noch nicht erfolgt. Sehr bestimmt hat auch die Ablehnung des 1. Mai als gesetzlichen Feiertag. Der Verlauf der Wahlen habe gezeigt, daß die Arbeiter die Macht hat, sich diesen Festtag zu ergreifen. So wurde die Mehrheit zu einer Niederlage der bürgerlichen Koalitionsparteien. Wenn die Wahlen eine sozialistische Mehrheit brächten, so würden die Rechtssozialisten von der Koalition Abschied nehmen. Weib aber das jetzige Stärkeverhältnis der Parteien bestehen, so würden sie auch weiterhin eine Koalitionspolitik treiben. Die Parole für den Wahlkampf müsse sein: Der Reich hebt sich. Die Propaganden über einen Rückgang der rechtssozialistischen Partei würden nicht in Erfüllung gehen.

Darauf hielt Scheide mann einen längeren Vortrag über die kommenden Reichstagswahlen. Die Konferenz ist von über 200 Mitgliedern besucht.

Die Streikbewegung in Frankreich.

Nach offiziellen Sabameldungen, die in den Fragen des Klassenkampfes des Proletariats genau so ungenügend und absichtlich schönfärbend zugunsten der Gegner der Arbeiterklasse sind, wie die Meldungen deutscher offizieller Nachrichtenbüros, beurteilt die französische Regierung die Lage des Streiks sehr ungünstig für die Arbeiterklasse und sehr optimistisch für die Regierung. In einer von Deschanel geleiteten Kabinettsratssitzung gab Millerand eine Uebersicht über die interne Lage und den Stand der Streikbewegung. Man nimmt an, daß der Eisenbahnerstreik seinen Höhepunkt überschritten hat und bald „zusammenbrechen“ wird. Eine andere Meldung behauptet, die Lage im Eisenbahnerstreik habe sich wesentlich „gebessert“, da sich immer mehr freiwillige melden und Streikende sich wieder zur Aufnahme der Arbeit einfinden. Auf der Südbahn, heißt es in der Meldung weiter, wird der Betrieb teilweise durch Freiwillige aufrecht erhalten. Auf der Paris-Orleans-Bahn können trotz der „Bedrohungen“, denen das Veronal leitens der Streikenden ausgesetzt ist, immer mehr Züge abgefertigt werden.

Wie weit diese Meldungen zutreffen, läßt sich noch nicht beurteilen. Ueberhaupt wird ein Ueberblick über Verlauf und Erfolg der Streikbewegung erst nach ihrem Abschluß möglich sein. Bezeichnend ist jedoch, daß selbst die offiziellen Meldungen die große Ausdehnung des Hafenarbeiterstreiks nicht leugnen können, wie die folgenden Meldungen zeigen:

H. N. Paris, 5. Mai.

Der Streik der Hafenarbeiter nimmt allmählich einen größeren Umfang an. In den drei wichtigsten Häfen: Marseille, Bordeaux und Le Havre ist der Streik allgemein, aber auch in den kleineren Häfen wird durch fast alle Arbeiter getreift. Der Streik in den Gruben ist nicht erheblich, hauptsächlich im Süden wurde der Streikparade Folge geleistet.

Ruß als Streikbrecher.

In Dänischen haben die Hafenarbeiter den Streik beschlossen, in Dänisch wird der Streik fortgesetzt. Die Hafenarbeiter, Seeleute und Kohnarbeiter von Gette haben ebenfalls den Ausstand beschlossen. In Marseille arbeiten nur einige hundert Kaufleute.

Batu von der roten Armee genommen.

Der „Times“-Berichterstatter in Konstantinopel meldet, daß Batu nach einer kurzen Beschießung durch die Sowjettruppen übergeben wurde. Es befinden sich 6000 Mann von der roten Armee in der Stadt. Außerdem steht eine Truppenabteilung in Rachemad in der Nähe der Eisenbahnlinie Batu-Tiflis.

Musik-Internationale.

Einem Musiker — Wälem Wengelsberg, Leiter des Amsterdamer Konzertgebäude-Orchesters ist es im hohen Alter Gustav Mahlers gelungen, Vertreter aller Kulturländer zusammenzuführen. Das am 6. Mai beginnende internationale Musikfest in Amsterdam in hohem Maße der internationalen Nationalitätsbew. Die Musik erhebt sich zur Weltmusik, weil es ihr als erster nach dem selbstergehenden Willen gegeben ist, eine Menschheitsgemeinschaft über Nationalität und Diplomatenintrigen zu neuem aufzubauen. Fortschritt der Kultur dieses Festes schon kulturgeschichtlich Beachtung, so nicht minder kunsthistorisch. Gustav Mahler, der in kühnen Arbeiterkreisen kein Unbekanntes mehr ist, dem wirklich in seinem Schaffen an ausgeprägtesten, was wir von einer blühenden Volkskunst erwarten — daß sie aus dem Bedürfnis und dem Empfinden der Volksseele hervorgeht. In seinem Schöpfer ist dieses naturverworfene und volkstümliche Element greifbarer zum Lebenskeim des Weltalls geworden als in Gustav Mahler (stärker als in Wagner und Beethoven). Langsam und mit Widerstand scheint sich nun der größte Symphoniker unserer Zeit auch den Weg in die Herzen der Norddeutschen zu bahnen, nachdem er — gemäßigt zu Lebzeiten im deutschen Stiefmutterland — in Holland seine eigentliche Heimat und in Wälem Wengelsberg und dem Amsterdamer Concertgebäude-Orchester seine edelste Verherrlichung noch erlebt hat. Die hohen Verdienste und außerordentlichen Leistungen eines Bruno Walter und Oskar Fried, die unablässig machtvoll (wenn auch zunächst weniger durchdringend) Mahler predigten, sollen dadurch in keiner Weise herabgemindert werden. Hermann Scharfchen war dann der erste, der der Berliner Arbeiterschaft in einer glanzvollen Aufführung der freien Volksbühne Mahlers 3. Symphonie verführte; Fritz Stiedry folgte ihm mit Mahlers Quartett in dem hochbedeutenden XIII. und XIV. Volksbühnenkonzert. Auch unter den jüngsten Dirigenten — z. B. Heinz Unger, der während die Jahre eines schwebenden Gefallen und die 5. Symphonie leitete — steht (im Gegensatz zu manchem eingetourgelten Leitendführer) eine langsam reife Einstellung zu Mahler im Vordergrund. Es scheint, als wenn die Generation für das Erbe des europäischen Kulturkammermenschen erst heranwächst. Würdige Mahler-Schönbe sind schließlich in Deutschland vorhanden; die machtvolle Handgebung in Holland soll in ihrem Verlauf von unserem Musikreferenten an dieser Stelle besonders gewertet werden.

Die Volkskammermusikabende veranstaltet die Kammermusikvereinigung des Philharmoniker-Orchesters (die Herren Konzertmeister Kamblin, Städel, Weiden und Heiland). Das 1. Konzert findet am Freitag, den 14. Mai 1920, abends 7 1/2 Uhr, in der Brauerei Königsplatz statt. Programm: Beethoven, Haydn, Mendelssohn, Schubert und Tschalkowski. Eintrittskarten à 1 M. in der Buchhandlung „Freiheit“, distriktweise auf dem Orchesterboulevard, Sühnwitz, 78, 11-2 Uhr.

„Im weißen Rößl“, Blumenhof-Schauburgs Lustspiel vom Chema, ist mit den Jahren ein alter Schimmel geworden, den jetzt das Metropol-Theater zur Sommerzeit wieder tragen läßt. Wenn der Gaul freckweise laht, ist es nicht die Schuld der Darsteller. Die auch jetzt eingetragene Allverweltadresse Notter hat sich ein Ensemble gemietet, das mit seinen „erklöstigen Stars“ die hohen Platzpreise eher rechtfertigen könnte, als die abgeklapperte Handlung: Die Sommerreise des schnoddrigen Verlines im Salzburgerland, also sich schließlich die Pärchen finden. Es wurde sozusagen „mit Puffballen“ gespielt. Jeder zeigte seine Spezialität und die knalligen Pointen wurden dem Publikum noch eigens in Pappschiffchen serviert. Auch Höfflich, für die Köhlerin viel zu schade, poßt sich der Rolle blond und prächtig an, Guido Tiefscher verzögert mit seiner quirlenden Lustigkeit jeden Gedanken der Langeweile und mit ihnen sind auch die Alexander Eckert, Eugen Burg, Dienstedt, Falkenstein, Morgan usw. vortrefflich genug, um sich auch ohne Claque kräftig durchzusetzen.

In der Volkshalle ist Carl von Ossietzky's „Mitter von Salamca“ in der Uebersetzung von Rudolf Preßler in Vorbereitung. Für die Kasse ist Heinz Schöner verpflichtet.

Am Wallball-Theater gelangt jeden Sonntag-Nachmittag, 2 1/2 Uhr, zu ermäßigten Preisen „Das Geseh“ von Paul Wader zur Aufführung.

Am Lesing-Theater übernimmt Rosa Vertens die von ihr zuerst gespielte Rolle der Frau Warren in Bernhard Shaw's Komödie „Frau Warren's Gewerbe“.

Protestkundgebung gegen die Luftfahrtssteuer. Sonntag, den 9. Mai, 14 1/2 Uhr vormittags, findet im Metropoltheater (Wäldenstr.) eine Versammlung statt, in der gegen die Luftfahrtssteuer den Berliner Bühnen drohenden Gefahren Stellung genommen werden soll.

„Sozialistischer Erzieher“, Heft 11, ist erschienen. Der „Sozialistische Erzieher“ erscheint wöchentlich im Umfang von 16 Seiten zum Preise von 6,00 M. vierteljährlich im Verlag „Der Sturm“, Berlin, N. O.

Aus der Wahlbewegung.

Unsere Wahlversammlungen.

Die gestrigen Versammlungen der U. S. P. D. gaben einen guten Aufschluß über den Zustand der Partei. Der Besuch war überall so zahlreich, daß teilweise Tische und Stühle entfernt werden mußten. Von den eingegangenen Berichten tragen wir noch nach, daß in der Brauerei Königsplatz Genosse K. A. N. hier vor etwa tausend Besuchern referierte. Zum Schluß wurde eine Teilerfassung für die Opfer des Ruhrgebietes vorgenommen. In Württemberg referierte Genosse Stöckinger. Die Versammlung mußte wegen Ueberfüllung in den Garten verlegt werden. Zahlreiche Neuaufnahmen wurden gemacht. In der Schulstraße Straßer sprach Genosse Weinberg. Ein Rechtssozialist, Kolb, versuchte die verberberische Moskopolitik zu rechtfertigen, erntete aber nur Hohn und Spott.

In Charlottenburg, wo Genosse Rabold sprach, kam es zu einer recht lebhaften Aussprache. Vertreter der U. S. P. D. und des Spartakusbundes bekämpften sich gegenseitig und verurteilten auch gegen die Politik der U. S. P. D. Stellung zu laufen. Sie bewiesen aber, daß sie die politische Situation absolut nicht beurteilen können. Statt gegen die Reaktion zu kämpfen, dem Bürgertum die Mittäufel abzugeben, die ihrer Klassenlage nach zum Proletariat gehören und in dem Wahlkampf für den Sozialismus gewonnen werden müssen, proklamieren sie den Kampf der Arbeiter gegen die Arbeiter. Und das nennen sie dann „keine Illusionspolitik treiben“, — so wollen sie den Sozialismus zum Siege führen!

Genosse Rabold sagte in seinem Schlußwort diesen Leuten recht deutlich, daß sie ungewollt die Geschäfte der Reaktion besorgen. Es käme ihnen nicht darauf an, dem revolutionären Sozialismus neue Anhänger zuzuführen, sondern ihre Hauptaufgabe sei es, der U. S. P. D. die Mitglieder abzugeben. Den Arbeitern empfahl er, die radikalen Schreier einmal recht gründlich auf Herz und Nieren zu prüfen, sie nicht nach ihrem Worten, sondern nach ihren Taten zu beurteilen. Er wünschte vor allem, daß nun endlich einmal auch der Justizrat Dr. Groß aus seiner irdischen Knechtschaft herausgetreten und bei etwaigen Kämpfen von der Spitze der Arbeiter mit geschultertem Gewehr der Reaktion entgegengetreffe. Sonst sei sein und seiner Anhänger Rufsturz nicht anders zu beurteilen, als das Verhalten der Heimkrieger, die während des Bürgerkriegs vom bequemen Lehntuhl aus den Haß und die Blamieren schürten, den eigentlichen Kampf aber den anderen überließen.

Die große Mehrheit der Besucher stimmte diesen Sätzen zu, und in den Reihen der Wortemacher herrschte allseitiges Schweigen.

Zu einer glänzenden Abende der U. S. P. D. und A. L. P. D. führte die gestrige überfüllte Wählerversammlung im Gewerkschaftshaus, in der Genosse Crispian über das Thema „Die U. S. P. D. und die kommenden Wahlen“ referierte. Er gab an Hand reichem Material einen kurzen Überblick über die kapitalistische Entwicklung mit all ihren Folgen und entwickelte daraus unsere Forderungen zum Wahlkampf. In der Diskussion sprachen Kempin (U. S. P. D.) und Hollaender (A. L. P. D.) sowie Vertreter der U. S. P. D. und A. L. P. D. an sachliche Erwiderungen auf das Referat vermissen ließen, erhielten sie durch reichliche Bemerkungen und persönliche Angriffe. Der Vertreter der Friede- und Arbeiterpartei betonte, daß ein großer Kreis bürgerlicher Pazifisten in der U. S. P. D. ihre Partei erblinden. Im Schlußwort rechnete Genosse Crispian in auherordentlich feiner Weise mit den Unkräften ab, die gerade dadurch, daß sie gepöhlten auftraten, der Versammlung recht instruktiv die gewaltige Verzerrung im kommunistischen Lager bewiesen. Nach einer Aufforderung der Genossin Knappe zu recht reger Beteiligung am Frauentag wurde die Versammlung mit einem Hoch auf die U. S. P. D. geschlossen.

Lichtenberg.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Genosse Thurm in kurzen zu Herzen gehenden Worten des Ablebens des verehrten Alters, des Genossen Emanuel Wurm. Die Versammlung hörte den Nachruf stehend an. Der Vorsitzende konstatierte das Wesentliche. Darauf nahm der Referent des Abends der Genosse Dr. Weil das Wort zu seinem Vortrag. Er schilderte die Aufgaben, welche dem Parlament in dieser Epoche zu fallen und verwies auf die höchst wichtige Wahlkampfs in der „letzten aller Republiken“ unter dem Belagerungsstand. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen schilderte er die von der Sozialdemokratie vertriebenen Schwerkriegsleute und das Verhalten der Rechtssozialisten während dieser Zeit, welche diese Schande heute noch mit ihrem Namen bedecken und damit den Ehrennamen des Sozialismus schänden. Er ist der Ansicht, daß es mit diesen Leuten kein Partieren geben könne, sondern unsere Aufgabe müsse es sein, deren Anhänger um unter Banner zu führen, um das Banner der U. S. P. D. auf waschen zu lassen. Er schloß das Volk aus der Sozialdemokratie, aus den Händen des Kapitalismus. In der Diskussion nahmen Redner der verschiedenen Arbeiterparteien das Wort, um für ihre Ideen Propaganda zu machen. Mit den Widersprüchen in den Ausführungen dieser Redner rechneten die Genossen A. Richter und Stimmung und auch der Referent in seinem Schlußwort gründlich ab.

Die Demokraten und der Wahlkampf.

Die ewige Koalition.

Wie glänzend die Koalitionstüchtigkeit der Rechtssozialisten, die auch heute noch — trotz mancher Kritik, die im „Vorwärts“ in seiner Morgenausgabe als unerschütterlich zurückgelesen wird — die Haltung dieser Partei bestimmt, die Situation für das arbeitende Bürgertum gestaltet, zeigen die Wahleiden der demokratischen Minister. Herr Koch hat sich in einer demokratischen Wählerversammlung, die am Dienstag stattfand, offen zur ewigen Koalition bekannt. Da nur eine Koalition in Deutschland die Regierung ausführen vermag, müsse die Koalition geklärt werden durch die Wahl einer starken demokratischen Fraktion. Dann werde niemand wagen, die Koalition zu zerbrechen — ein deutlicher Wink an das „Verantwortlichkeitsgefühl“ der Rechtssozialisten. Arbeiter und Bürger müssen sich zusammenschließen, das heißt, ein Teil der Arbeiterklasse muß wieder seinen Rücken hindhalten, damit die „Bürger“ darauf in die Regierung klettern und so — auf den Schultern der Arbeiter — die Regierungsgewalt ausüben können. Doch nichts anderes doch! herauskommt, hat die Erfahrung eines trüben Jahres trauriger Koalitionspolitik gelehrt.

Doch ist es nach Herr Koch über die Beteiligung der Demokraten am Generalstreik zu sagen hatte. Der Minister erklärte: „Es handelte sich um schärfe und schlagkräftige Abwehr, was sich nicht einschließen kann, etwas zu wagen, ist kein Poli-

tiker, sondern ein Parlamentarier alter Schule, der sich in d. Kritik erschöpft. Ich halte solches Handeln überall für richtig, wo es sich um die Abwehr verfassungswidriger Vorgänge handelt. Ich bin sogar für eine angemessene Entschädigung.“

Zur „Abwehr verfassungswidriger Vorgänge“ will der demokratische Minister den Generalstreik also allenfalls gestatten, und er ist sogar für eine „angemessene Entschädigung“. So lumpig und kleinlich dieser Standpunkt ist, so kurzlebig wird ein Regime sein, das auf solcher Halbheit beruht, das nicht den Mut hat, jederzeit alle kampfbereiten Kräfte auch für das Fortwärtstreten der nach reiflicher Überlegung jeder Reaktion strebenden Massen bereit zu halten. Deutlicher kann ein Regierungssystem nicht zeigen, daß es selbst reaktionär ist und somit der finsternen Reaktion selbst die Strickbühel hält.

Die Arbeiterklasse, die Angestellten und die Beamtenchaft muß dafür sorgen, daß auch im Parlament diesen verkappten Propaganden des Weitem ein starkes Gegengewicht entgegengeleitet wird. Herr Koch mag sich nicht so sicher fühlen. Selbst große Teile der zur demokratischen Partei haltenden Beamten sehen gerade in ihm einen Minister gegen die Beamten, wie aus vielen Äußerungen ihrer Fachblätter zu ersehen ist. Was er als Minister schon verbrochen, wird er als Wählerparlamentarier kaum zu weiten vermögen.

Herr Gehler spricht.

Im Steglitzer Schloßpark sprach gestern abend in einer Wählerversammlung der Demokrat Herr Reichswirtschaftsminister Gehler über die kommenden Reichstagswahlen. Er stellte sich als maßgebenden Berater und schärfsten Ausführer der kritischen Stimmung seiner bayerischen Landesleute gegen Berlin. Dabei entschloß sich ihm das wertvolle Eingeständnis, daß es in Bayern wenig waschechte Republikaner gebe, und daß Bayern durch und durch monarchistisch sei. Der Republikanismus sei in Bayern Import. Dieses Eingeständnis läßt uns die Entwicklung der Verhältnisse in Bayern in hellerem Lichte erscheinen. Da die Demokraten in Bayern an der Regierung beteiligt sind, da auch die bayerischen Demokraten ihre besten Männer wie Professor Quide und den Fraktionsvorsitzenden Dr. Böhm in München von der Kandidatenliste abgeholt haben, so ist anzunehmen, daß auch die Demokraten in Bayern Feindströme sind, während sie im übrigen Deutschland die Republik zu verteidigen voreilen.

Als die drei wichtigsten Voraussetzungen des Widerstandes Deutschlands bezeichnet Herr Gehler, daß das deutsche Bürgertum wissen müsse, daß man gegen die Arbeiterklasse nicht regieren könne, daß aber auch die deutsche Arbeiterklasse einsehen müsse, daß sie die geistigen und sittlichen Kräfte zum Wiederaufbau nicht besitze, wenn sie sich nicht auf das Bürgertum stütze, und daß man wissen müsse, daß Stadt und Land mehr als im Frieden aufeinander angewiesen seien. Die Umwandlung der formalen Demokratie in eine soziale Demokratie sei die Hauptaufgabe des neuen Reichstags.

In diesem Punkte stimmen wir Herrn Gehler zu, denn auch unser Ziel ist die Umwandlung der formalen Demokratie in eine soziale Demokratie. Aber wir werden uns wohl hüten, Herrn Gehler als Bundesgenossen zu folgen, denn die soziale Demokratie ist nicht denkbar ohne die Aufhebung der kapitalistischen Wirtschaftsweise. Und der Bestand der kapitalistischen Produktion und die Anerkennung des Privateigentums bildet ja gerade das Fundament der bürgerlichen Demokratie.

Herr Gehler wandte sich oft und viel an die Einflüsterer der Arbeiter und Angehörigen, denen doch auch mit der vermehrten Produktion der Papiermühle nicht bedient sei. Er meinte, daß man unbedingt heraus müsse aus dieser Finanzwirtschaft, und daß die Auflassung, daß man nach einem verlorenen Ariens weiter arbeiten und besser leben könne, werden müsse. Auch dieser Appell ging an die Adresse der Arbeiter, Einzelnen und Beamten. Gänzlich vermissen man bei diesem Runder der sozialen Demokratie die Forderung an seine Klassenangehörigen, durch freiwilliches Entgegenkommen die Arbeiter- und Angestelltenfrage zum mitbestimmenden Faktor im Wirtschaftsleben zu erheben und so die ersten Anfänge der sozialen Demokratie zu bewerkstelligen. Obwohl wir ganz genau wissen, daß an eine freiwillige Eingangs dieser Rede durch die Sozialisten nie und nimmer zu denken ist, sondern daß alle diese Grundbedingungen für die Verwirklichung der sozialen Demokratie nur in reiflichem Ringen gegen die Träger und Anhänger des kapitalistischen Systems erzwungen werden können, so wäre nach Herrn Gehlers Mahnung zum wirtschaftlichen und politischen Frieden eine solche Forderung an seine Klassenangehörigen nur konsequent anzunehmen. Aber hier liegt die ständige Grenzlinie zwischen bürgerlicher Demokratie und Sozialismus, die Herrn Gehler in der Diskussion von einem rechtssozialistischen Redner und von unserem Genossen auch in treffenden Ausführungen dargelegt wurde.

Mit bemerkenswerter Zurückhaltung äußerte sich Herr Gehler über die zukünftige Gestaltung der Reichswehr. Hier hätte man gern mehr und Positives gehört. Herr Gehler verbot es sich energisch, daß man aus der Reichswehr eine Polizeigruppe machen wolle. Dagegen werde er sich mit aller Kraft wehren. Er berührte den Ton, an dem sich Arbeiter und Soldaten nicht mehr gegenübersähen. Zum Schluß sang Herr Gehler ein Loblied auf die Verdienste der Koalitionsparteien.

In der Diskussion, wie auch schon während der Rede durch Widerspruch, wurde die einseitige Haltung der Demokraten zur Begehung der Generalstreikfrage angedeutet. Genosse Koch schloß daran an und zeigte an den Absichten der Demokraten, die Arbeitstätigkeit zu verweigern und ihrem starken Festhalten an der privatrechtlichen Wirtschaft, was es mit der sozialen Demokratie des Herrn Gehler auf sich hat. Beifälliger Beifall bei den Ausführungen des Genossen Koch und des rechtssozialistischen Redners bewies, daß der größte Teil der starkbesetzten Versammlung der bürgerlichen Demokratie längst bereit sei, sich mit dem Sozialismus zu befassen und der sozialen Demokratie feindlich zu sein.

Durcheinander bei den bürgerlichen Parteien.

Bei den bürgerlichen Parteien geht es zur Zeit drunter und drüber. Zwar hat der deutschnationale Abgeordnete Baxters gestern abend in einer Versammlung in Berlin behauptet, daß seine Partei mit guten Aussichten in den Wahlkampf gehe und daß die deutschnationalen hoffen, in Berlin statt eines Abgeordneten deren drei durchzubringen. Inzwischen aber ist eine Konkurrenzpartei für die deutschnationalen entstanden, die sich an der Leitung des Bärenbundes beteiligen will. Unter dem Namen „Wirtschaftsverband Groß-Berlin“ haben sich eine Reihe rechtssozialistischer Vereinigungen zusammengeschlossen, um eine eigene Kandidatenliste aufzustellen. Der Charakter dieser neuen Partei wird gekennzeichnet durch die Mitteilung, daß sie jegliche Sozialisierung und Kommunalisierung ablehnt.

Eine neue Partei hat sich auch noch in Rommern gebildet. Wie die „Rommersche Tagespost“ in Stettin mitteilt, hat eine Versammlung von Mitgliedern der demokratischen Partei beschlossen, aus der demokratischen Partei auszutreten und unter dem Namen „Reformgruppe der deutsch-demokratischen Partei“ eine neue Partei ins Leben zu rufen. Die

neue Partei soll den Einfluß der rechten Elemente in ihren Reihen ausbilden.

In Hannover hat sich der frühere Stadtdirektor Tramm, früher eine Hauptstütze der Nationalliberalen und eifriger Bekämpfer der Wesen, als Kandidat der Deutsch-Pannovener, wie sich die Wesen jetzt nennen, aufstellen lassen.

Erzberger kandidiert wieder.

Die Konferenz der Bezirksleiter des Zentrums in Württemberg hat am Montag mit 80 gegen 1 Stimme die Auffassung Erzbergers als Reichstagskandidat beschlossen. Des Reichsausschusses der Zentrumspartei hat befunden, daß er eine Kandidatur Erzbergers nicht wünsche. Ob sich Erzberger danach richten wird?

Gewerkschaftliches.

Fabrikfeudalismus.

Eine Firma, die den Herr-im-Haus-Standpunkt noch in der uneingeschränkten Weise einnehmen scheint, ist die Firma Kessel-Wau, G. m. b. H., Friedberg, Homburgstraße 41. Kürzlich begab sich ein Funktionär des Metallarbeiterverbandes dahin, um zwecks Bezahlung der tarifmäßigen Löhne und Abstellung einiger Mischlinge eine Verhandlung herbeizuführen. Er fand kaum zwei Minuten mit dem Vertrauensmann der Arbeiter zusammen, als ein Mann — ob Chef oder Betriebsleiter, wissen wir nicht — ihn herankürzte und zu dem Vertrauensmann sagte: „Scheren Sie sich sofort an Ihren Platz! Sie sind hiermit sofort entlassen!“ Als der Funktionär sich vorstellte, sagte der Mann: „Mit Ihnen habe ich überhaupt nichts zu verhandeln.“

Die durch den Lärm herbeigelockte Arbeiterschaft forderte er dann mit der Uhr in der Hand auf, innerhalb einer Minute wieder an die Arbeit zu gehen. Da dies nicht so schnell ging, sprach er über 23 Arbeiter und Arbeiterinnen die Entlassung aus. Dem Funktionär hakte er — ebenfalls mit der Uhr in der Hand — die Bedingung, innerhalb 10 Minuten den Hof zu verlassen.

Daß der Herr alle Veranlassung hatte, in seinen Betrieb nicht hineinzuweisen zu lassen, beweisen folgende Mißstände in der Fabrik: Für 83 Personen besteht nur ein Klosett, und noch dazu ohne Wasserfüllung; Männer, Frauen und Lehrlinge müssen es gemeinsam benutzen. Auf dem Fußboden des Klosetts fehlen Bretter, so daß man in Gefahr gerät, in die Grube zu stürzen. Auch fehlt es an getrennten Umkleikabinen; Männer, Frauen und Lehrlinge müssen sich in einem Raum umkleiden. Ferner sind die Waschanlagen ungenügend und an den Maschinen fehlen Schutzvorrichtungen. Die Lehrlinge erhalten ganze 2,50 M. Wochenlohn.

Von diesen Dingen ist sofort der Gewerbeamt in Kenntnis gesetzt worden und der Metallarbeiterverband wird auch dem Herrn Betriebschef zeigen, daß man heute nicht mehr mit Arbeitern so umgehen kann, wie die Feudalherren in früheren Zeiten mit ihren Leibeigenen.

Die Vorsitzenden der Schlichtungskommissionen für Hausangestellte von Groß-Berlin trafen am Montag im Stadthaus unter dem Vorsitz des Reichstagsabgeordneten Böttger zusammen. Man war sich einig, daß die Einrichtung der Schlichtungskommissionen einem allseitig empfundenen Bedürfnis entgegenkommt. Ihre Benutzung durch Hausfrauen und Hausangestellte ist lebhaft. Infolge einer Anfrage des Ministeriums des Innern hielt man die Ausarbeitung eines Gesetzentwurfs für nötig, der das Arbeitsverhältnis der Hausangestellten und die Schlichtung von Streitigkeiten regelt. Besonders Gewicht wurde darauf gelegt, daß dieses Gesetz eine sorgfältige Berücksichtigung der eigenartigen Verhältnisse bei der Beschäftigung von Hausangestellten finden möge. Es wurde eine Kommission für die Ausarbeitung von Vorschlägen eingesetzt.

Rätungs! Steinleber und Berufsgenossen, Tarifbeirat Groß-Berlin. Da die Arbeitgeber in den meisten Fällen den Hilfsarbeitern einen Stundenlohn von nur 4,40 M. zahlen, weisen wir nochmals darauf hin, daß der Lohn für alle Hilfsarbeiter, die 4 Jahr im Verufe (also nicht bei der Firma) tätig sind, 4,70 M. beträgt. Sämtliche Verschiedenheitsanträge einzelner Arbeitgeber in den Außenbezirken auf niedrigere Entlohnung wurden von der Schlichtungskommission, also von den Arbeitnehmern sowie Arbeitgebern abgelehnt. Mitin ist auch dort der Lohn der Hilfsarbeiter von 4,70 M. zu zahlen. — Laut Bericht der Bezirkskonferenz vom 2. Mai 1920 sollen sämtliche Hilfsstellen des Tarifbezirks Groß-Berlin zu einer Einheitstabelle zusammengefaßt werden. Aus diesem Grunde macht sich die Aufstellung eines Koffiziers erforderlich. Von unserer Seite ist der Koffizier Paul Behmann, welcher jetzt schon die Geschäfte vertritt, als Kandidat aufgestellt. Weiter sind nach der Kollegen Topp, Charlottenburg, und Reineke, Schöneberg, als Gegenkandidaten namhaft gemacht. Das Ergebnis der Wahl muß bis zum 1. Juni 1920 in den Händen des Koffiziers J. Sibura, Berlin, Brunnenstr. 101, sein. — Filiale Berlin. Allen Kollegen zur Kenntnis, daß am Montag, den 10. Mai 1920, abends 7 Uhr, in der Harmonie, Invalidenstr. 1, eine außerordentliche Mitgliederversammlung stattfindet. Wegen der überaus wichtigen Tagesordnung ist das Erscheinen aller Kollegen dringend erforderlich. J. A. J. Sibura, Koffizier.

Groß-Berlin.

Die neuen Posttarife.

Von morgen ab treten in Deutschland für den inneren Postverkehr folgende veränderte Gebührensätze ein:

Es kostet der Brief bis zu 20 Gramm = 40 Pfennig und von über 20 bis 250 Gramm = 60 Pfennig. Dabei bleibt es sich gleich, ob es sich um einen Orts- oder Fernbrief handelt. Das Porto für die Postkarte beträgt 80 Pfennig. Auch in dieser Bestimmung werden für den Orts- und Fernverkehr keine Unterschiede gemacht. Die Hochpostkarte kostet 1,20 Mark, der Hochpostbrief 1,40 Mark. Die Paketgebühr beträgt bis 5 Kilogramm in der Postzone 1,25 Mark, in der Fernzone 2 Mark, über 5 bis 10 Kilogramm in der Postzone 2,50 Mark, in der Fernzone 4 Mark, über 10 bis 15 Kilogramm in der Postzone 3 Mark, in der Fernzone 5 Mark, über 15 bis 20 Kilogramm in der Postzone 8 Mark, in der Fernzone 12 Mark.

Die Postanmeldung kostet bis zu 50 Mark Einschlagung 80 Pf., über 50 bis 250 M. = 1 Mark, über 250 bis 500 Mark = 1,50 M., über 500 bis 1000 Mark = 2 Mark. Die Postanmeldung ist ebenfalls vollständig freizumachen.

Proletarische Feiernunden.

Am Sonntag, den 9. Mai, mittags 12 Uhr, findet im Großen Schauspielhaus, Kottbuscher Platz 13, 14, 15, 16, 17, 18 die Feiernunden statt. Es wirken 4 Tilla Durieux und 300 Berliner — Regitation, Volkmar Hense — Tenor, Dr. Hans Lüdtke — Orgel, Komposition: Dr. Breitend, Rannacher, Gumbdrunner Harmonie, Regl. d. A. S. S. Die genannten Stücke stellen je fünf Lieder, die sich um 10 Uhr am Eingang Schiffsbauwerk treffen.

Die Besucher werden gebeten, pünktlich zu erscheinen, da jedes Zutrittskarten empfindliche Eintritte vorkommt. Nach Beginn der Feiernunden niemand mehr Zutritt.

Karten à 2 Mark sind in unterer Kasse, Schiffsbauwerk 5-6 und in der Buchhandlung „Freiheit“, Breite Str. 8-9, zu haben.

